

# Verbund für mehr Sicherheit

## In Saferinternet.de arbeiten Industrie und Regulierungsstellen eng zusammen

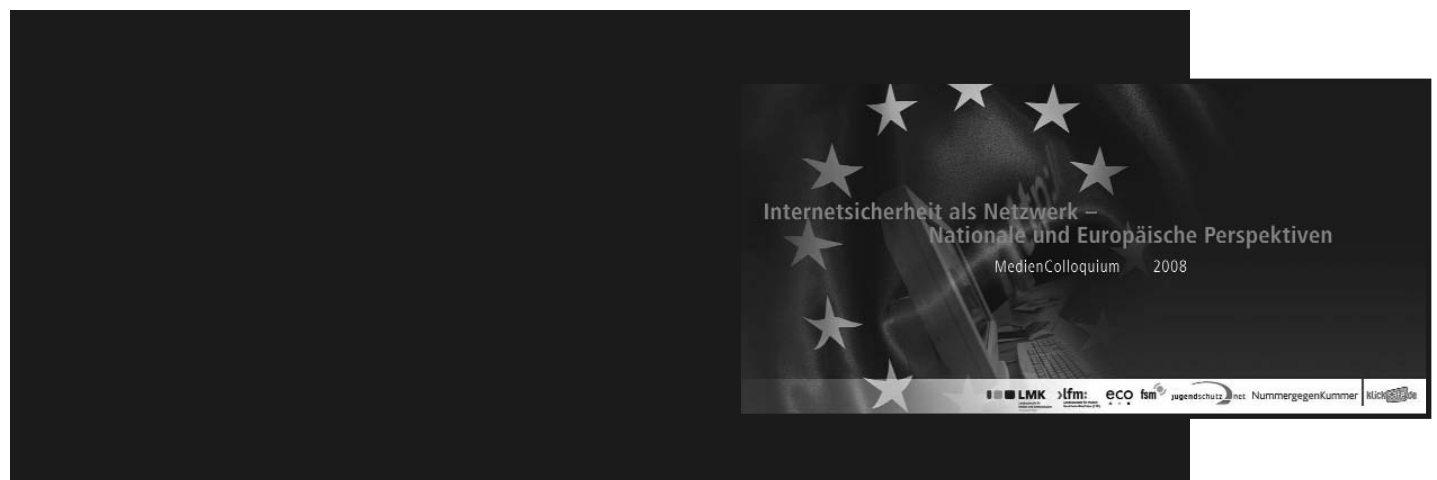
Claudia Mikat

Die Europäische Union setzt beim Thema Internetsicherheit auf Kooperationen und fördert seit Jahren im Rahmen des Programms „Safer Internet“ nationale Netzwerke wie Insafe – ein Netzwerk nationaler Helplines und Knotenpunkte für Medienkompetenzkampagnen, sogenannte „Awareness Nodes“ – und internationale Netzwerke wie Inhope –, den Verbund der Hotlines, denen illegale Inhalte angezeigt werden

können. Die Akteure in Deutschland haben sich nun zum Verbund Saferinternet.de zusammengeschlossen und wollen enger kooperieren. Wie sich diese Zusammenarbeit gestaltet, welche Aufgaben staatlichen Stellen und welche der Industrie zukommen, wurde auf dem diesjährigen MedienColloquium „Internetsicherheit als Netzwerk – Nationale und Europäische Perspektiven“ diskutiert.<sup>1</sup>

### Anmerkung:

**1**  
Die Veranstaltung fand am 1. Dezember 2008 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin statt. Veranstalter waren die Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz, die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft, die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM), jugendschutz.net, die von LMK und LfM getragene Medienkompetenz-Initiative Klicksafe.de und das Kinder- und Jugendtelefon „Nummer gegen Kummer.“



Die Ansicht, das Internet sei weltweit ausgerichtet und einer Regulierung nicht zugänglich, welche zunehmend der Erkenntnis, dass es sehr wohl Regulierungsräume und -möglichkeiten gebe, erklärte LMK-Direktor Manfred Helmes zum Auftakt der Veranstaltung, zu der die Partner des neuen Verbundes Saferinternet.de eingeladen hatten. Eine Zusammenarbeit von IT-Wirtschaft und Regulierungsstellen in Sachen Internetsicherheit und die Bereitschaft, das Gemeinsame über die Partikularinteressen zu stellen, seien zu Beginn des JMStV nicht denkbar gewesen,

so Helmes. Auf die maßgeblichen Ziele des EU-Programms, den Kampf gegen illegale Inhalte, Aufklärungskampagnen und die Förderung von Medienkompetenz, könnten sich heute dagegen Wirtschaft und Medienaufsicht weitestgehend einigen. Welche Rolle den Akteuren dabei zukommen kann und soll, war Teil der Diskussion. LfM-Direktor Prof. Dr. Norbert Schneider schlug vor, den Sinn von Kooperationen im Allgemeinen zu bedenken: Jeder soll das machen, was er besonders gut kann – und nicht auch noch das andere!

## Technische Lösungen

Die besonderen Kompetenzen der Industrie liegen im technischen Know-how und in der Entwicklung technischer Lösungen. Microsoft-Europachef Jan Muehlfeit nannte als ein Beispiel für eine solche „Lösung“ im Kampf gegen Kinderpornografie das Tool CETS (Child Exploitation Tracking System), das den Strafverfolgungsbehörden die Nutzung und Verlinkung relevanter Informationen ermöglicht und die Ermittlung der verschiedenen Stellen koordinieren hilft.



Manfred Helmes, Direktor der LMK



Norbert Schneider, Direktor der LfM



Birgit Roth, Generalsekretärin des Hotline-Verbundes Inhope



Was die Industrie nicht leisten kann, ist, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Kinderpornografie zu verfolgen: In nur fünf Ländern weltweit sind Produktion, Verbreitung und Besitz von Kinderpornografie strafbar, in 95 Ländern gibt es dagegen gar kein Gesetz. Die Arbeit der Hotlines, die eng mit internationalen Polizeiorganisationen wie Europol oder Interpol zusammenarbeiten, wird durch die verschiedenen Gesetzgebungen erschwert, erläuterte Birgit Roth, Generalsekretärin des Hotline-Verbundes Inhope. Das Angebot an Kinderpornografie sei im Vergleich zum Vorjahr um 15 % angestiegen, und immer jüngere Kinder würden Opfer des Missbrauchs: In 20 % der angezeigten Fälle seien die Kinder unter 3 Jahren. Roth begrüßte daher, dass Deutschland die europäische Cybercrime-Konvention unterzeichnen wird, die Gesetze und Vorgehensweisen zur Bekämpfung verschiedener Arten kriminellen Verhaltens einheitlich regelt.

Es scheint klar zu sein, dass man Kinderpornografie nicht verhindern können, auch nicht mit technischen Mitteln. Immerhin geht es um organisierte Kriminalität, ein Milliardengeschäft, und es besteht ein großes Interesse, technische Sperren zu umgehen. Birgit Roth schlug vor, den Geldfluss zu verfolgen und auch die in die Pflicht zu nehmen, die mit Kinderpornografie – indirekt – Geld verdienen. Schließlich müssen die Angebote irgendwann und irgendwie bezahlt werden.



Michael Rotert, Vorstandsvorsitzender eco



Microsoft-Europachef Jan Muehlfeit



Veronica Samara von der griechischen Stelle SafeNetHomePlus

Prof. Dr. Michael Rotert, Vorstandsvorsitzender der eco, sah es mit Blick auf die Opfer als vorrangig an, Kinderpornografie an der Quelle zu bekämpfen, d. h. die IP-Adressen der beteiligten Computer ausfindig zu machen und den Tätern das Handwerk zu legen, anstatt eine Seite zu blocken. Was den Schutz vor der Konfrontation mit kinderpornografischem Material anbelangt, verwies er auf vorhandene Filtersysteme, die bereits heute ein Ausblenden der Seiten ermöglichen. Das Problembewusstsein sei allerdings gering, so auch Jan Muehlfeit, denn vorhandene Filtermöglichkeiten würden kaum genutzt.

### Sensibilisierung über Medienkampagnen

Wie ein Bewusstsein für die Chancen und Gefahren im Internet erreicht werden kann, zeigen drei Beispiele von Hotlines und „Awareness Nodes“ aus dem europäischen Ausland. Die Ausgangsszenarien sind recht unterschiedlich, aber man kommt zu ähnlichen Antworten: Man setzt auf Medienkampagnen und verschiedenste Maßnahmenpakete – online und offline – für Kinder, Lehrer und Eltern.

Die griechische Stelle SafeNetHomePlus, vorgestellt von Dr. Veronica Samara, sieht sich dabei einer gewissen Gleichgültigkeit in der Bevölkerung gegenüber. In Griechenland gibt es im europäischen Vergleich auffällig viele Nichtnutzer (44 %), nur 38 % der Bevölkerung verfügen über einen Internetzugang. Da 45 % der Griechen meinen, das Internet biete keine nützlichen Informationen, dürfte sich an dieser Zahl so rasch nichts ändern. Entsprechend gering sind das Problembewusstsein und das Anzeigeverhalten von illegalem oder gefährdendem Material.



In Polen sollen die Medienkampagnen offenbar in erster Linie die Politik aufrütteln, für die Internetsicherheit für Kinder bislang kein Thema ist. Die Widerstände scheinen groß zu sein, man verfällt auf drastische Maßnahmen. Anna Rywczynska von Saferinternet Polen stellte den mehrfach prämierten Spot „Wojna“ vor, in dem zu sehen ist, wie ein Erschießungskommando einen halb nackten Mann mit Kapuze in eine düstere Schneelandschaft schleppt. Als der Mann

wimmernd niederkniet und vier Männer mit Gewehren auf ihn anlegen, taucht im Bildhintergrund ein etwa 11-jähriger Junge auf. Der Kommandoführer stürzt auf das Kind zu: „Was tust du hier?“ „Ich surfe“, antwortet der Junge und greift sich aus einer Tüte einen Kartoffelchip. Die drastischen Bilder – der Spot wurde im Fernsehen erst nach 22.00 Uhr ausgestrahlt – haben gewirkt: Die polnische Regierung hat inzwischen ihre Beteiligung am Projekt zugesagt. Wünschenswert wäre, so Rywczynska, wenn sich nun auch das Erziehungsministerium für Internetsicherheit verantwortlich fühlen würde.

Anna Rywczynska, Saferinternet Polen



José Luis Zatarain von der spanischen Organisation Protégeles



Auch in Spanien ist die Organisation Protégeles, die José Luis Zatarain präsentierte, Hotline und „Awareness Node“ zugleich. Ihre Aktivitäten werden stark durch Studien gestützt, die Ergebnisse in Kampagnen umgesetzt. Beispielhaft beschrieb Zatarain die Thematisierung von Bulimie und Anorexie: Die Strategie ist, gegen Webseiten vorzugehen, die Essstörungen glorifizieren und die Folgen verharmlosen, sowie gleichzeitig neue Internetangebote zu entwickeln, die über die Problematik aufklären. Das Ergebnis sind Seiten wie „www.anaymia.com“ über Diäten und Gefahren einer unausgewogenen Ernährung oder „www.masqueunaimagen.com“ – (Du bist) mehr als ein Bild –, die mögliche Ursachen von Essstörungen aufzeigt und Betroffenen, Freunden, Eltern und Lehrern Hilfestellungen anbietet.

## Medienkompetenz

Im parallelen Panel wurde deutlich, dass beim Thema Internetsicherheit zunehmend die sozialen Netzwerke in den Vordergrund rücken, mit denen nach der jüngsten JIM-Studie knapp drei Viertel der jugendlichen Internetnutzer zwischen 12 und 19 Jahren in Deutschland bereits Erfahrungen gesammelt haben. Die größten Probleme innerhalb der Communitys sind Cyberbullying (Einschüchterung und Mobbing per Internet) und Datenschutz in Verbindung mit Cybergrooming (Kontaktaufnahme in Missbrauchsabsicht).



Richard Swetenham, Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien der Europäischen Kommission

Wichtig ist hier, ein Bewusstsein für die Problematik der Datenweitergabe zu schaffen, denn, so Friedemann Schindler von jugendschutz.net: „Das Internet vergisst nie.“ Die Internetnutzer besser schützen zu wollen, wurde von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Plattformen – StudiVZ, Bebo, Eplus Polen, MySpace – jedenfalls zugesagt. Auch hier gibt es technische Möglichkeiten, wie etwa die Vorkonfiguration von Profilen auf „privat“, so dass einer Weitergabe von Daten die bewusste Änderung durch den Nutzer vorausgehen muss.

Das EU-Programm „Safer Internet“ wird in seiner dritten Ausgabe neben der Bekämpfung illegaler und schädlicher Inhalte auch die problematischen Verhaltensweisen im Netz angehen, betonte Richard Swetenham von der Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien der Europäischen Kommission. Mit einem Haushalt von 55 Mio. Euro wird das Projekt von 2009 bis 2013 fortgesetzt.

Die EU-Initiative muss national umgesetzt werden. „Wer nach Jugendschutz ruft, muss sich engagieren“, meinte Manfred Helmes und stellte der öffentlichen Hand für die bislang geringe Beteiligung ein Armutszeugnis aus. Norbert Schneider kritisierte Politiker, die voreilig Verbote fordern. In einem reichen Land wie Deutschland sollte es stattdessen so etwas wie ein „Institut für Internet“ geben dürfen. Auch Mike Cosse, Microsoft Deutschland und FSM-Vorstandsmitglied, fragte nach der Beteiligung des Staates, z. B. bei der Produktion und Verbreitung von Awareness-Spots wie „Wo ist Klaus?“ (klicksafe).



Mike Cosse, Microsoft Deutschland und FSM-Vorstandsmitglied

Man war sich einig, dass Sicherheit im Internet das Engagement und die Zusammenarbeit aller Akteure erfordert – und dass vieles noch zu tun bleibt: eine Lösung für entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte über Jugendschutzprogramme, gemeinsame Initiativen für die Bereiche Chats und soziale Netzwerke, positive Angebote und sichere Plattformen für Kinder. Schließlich gilt es, verschiedene Nutzergruppen zu erreichen, die Inhalte in die Schulen zu bringen, die notwendigen Kompetenzen im Umgang mit dem Medium zu vermitteln. Nach (laut Schneider 14!) langen Jahren der Diskussion um Medienpädagogik in der Schule ist die Forderung nach Medienkompetenzvermittlung wahrlich keine „Riesenentdeckung“. Warum das so lange dauert, blieb offen.

#### Internetadressen:

[www.klicksafe.de/](http://www.klicksafe.de/)  
[www.saferinternet.org/ww/de/pub/insafe/index.htm](http://www.saferinternet.org/ww/de/pub/insafe/index.htm)  
[www.inhope.org/de](http://www.inhope.org/de)  
[www.eco.de/](http://www.eco.de/)  
[www.saferinternet.org/ww/de/pub/insafe/focus/greece.htm](http://www.saferinternet.org/ww/de/pub/insafe/focus/greece.htm)  
[www.saferinternet.pl/](http://www.saferinternet.pl/)  
[www.protegeles.com/index.asp](http://www.protegeles.com/index.asp)  
[www.anaymia.com](http://www.anaymia.com)  
[www.masqueunaimagen.com](http://www.masqueunaimagen.com)  
[www.mpfs.de/index.php?id=11](http://www.mpfs.de/index.php?id=11)  
[www.jugendschutz.net/](http://www.jugendschutz.net/)  
[www.studivz.net/](http://www.studivz.net/)  
[www.bebo.com/](http://www.bebo.com/)  
[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_en.htm)  
[www.microsoft.com/de/de/default.aspx](http://www.microsoft.com/de/de/default.aspx)  
[www.fsm.de](http://www.fsm.de)

Spot „Wojna“:  
[www.youtube.com/watch?v=1FLAvycMFxU](http://www.youtube.com/watch?v=1FLAvycMFxU)

Mike Cosse, Norbert Schneider, Ingrid Scheithauer (Moderation), Ekkehard Mutschler (Stv. Vorsitzender „Nummer gegen Kummer“) und Friedemann Schindler (jugendschutz.net)



Claudia Mikat ist Hauptamtliche Vorsitzende in den Prüfausschüssen der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF).

